

ANTRAG A2		ANTRAGSTELLER: BV NORDWÜRTTEMBERG	
DER LANDESTAG MÖGE BESCHLIESSEN: Das Land Baden-Württemberg soll ein interaktives Online-Angebot einrichten, über welches sich Vereine, Unternehmen, Kommunalpolitiker und Privatpersonen unkomplizierte Übersicht über sämtliche finanzielle Förderungsmöglichkeiten durch Land, Bund und Europäische Union verschaffen können.			
BEGRÜNDUNG: Dies ermöglicht ein vollständiges Ausschöpfen der Fördergelder. Viele an sich sinnvolle Förderungsmöglichkeiten verursachen einen intransparenten Förderungsdschungel. Ein entsprechendes Portal ermöglicht Vereinen, Start-Ups, ehrenamtlichen Kommunalpolitikern und Privatpersonen einen einfachen Ein- und Überblick über die potenziellen Finanzierungsmöglichkeiten für geplante Projekte.			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:		<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="checkbox"/> ERLEDIGT <input type="checkbox"/> ABLEHNUNG	

ANTRAG A3		ANTRAGSTELLER: BV NORDWÜRTTEMBERG	
DER LANDESTAG MÖGE BESCHLIESSEN: Die Junge Union Baden-Württemberg fordert die CCS (Carbon Capture and Storage) – Methode auch in Baden-Württemberg weiter zu erforschen. Dabei wird z.B. bei Verbrennungskraftwerken oder Müllverbrennungsanlagen CO2 abgeschieden und unterirdisch gespeichert.			
BEGRÜNDUNG: Ggf. mündlich			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:		<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="checkbox"/> ERLEDIGT <input type="checkbox"/> ABLEHNUNG	

ANTRAG A4		ANTRAGSTELLER: BV NORDWÜRTTEMBERG	
DER LANDESTAG MÖGE BESCHLIESSEN: Die Bundesrepublik Deutschland soll zwei Standorte ausweisen, an denen zum Thema Thorium Reaktor und der damit verbundenen Aufbereitung von Atommüll geforscht werden soll. Ziel dieser Forschung sollte ein serientauglicher Reaktor sein.			
BEGRÜNDUNG: Aufgrund der extrem langen Halbwertszeiten des Atommülls ist es zwingend notwendig, durch verschiedenste Verfahren eben diese zu verkürzen, sowie Fortschritte im Bereich Sicherheit und Effektivität zu erzielen. Dieser Reaktortyp erzeugt planbare, klimaneutrale Energie. Selbst bei einem kompletten Atomausstieg Deutschlands könnte diese Technologie als weltweites Exportgut für klimaneutrale Energie sorgen.			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:		<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="checkbox"/> ERLEDIGT <input type="checkbox"/> ABLEHNUNG	

ANTRAG A5		ANTRAGSTELLER KV STUTTGART	
Der Landestag möge beschließen: Die Junge Union Baden-Württemberg fordert, dass eine Verlängerung der Laufzeit unserer aktiven Kernkraftwerke geprüft wird, um einer Energiekrise vorzubeugen und unsere Klimaziele zu erreichen.			

BEGRÜNDUNG: Die aktuelle Energiekrise und der pragmatische Umgang vieler anderer Staaten in Europa und der ganzen Welt hinsichtlich Atomenergie zeigt: Ohne Kernkraft werden wir kurz- und mittelfristig unsere Klimaziele nur sehr schwer bis kaum erreichen können. Während andere Länder in der Welt Atomenergie ausbauen oder zumindest daran festhalten, sollten auch wir in Deutschland überlegen, ob die Verlängerung unserer aktiven und funktionstüchtigen Kernkraftwerke sinnvoll wäre.	
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:	<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="checkbox"/> ERLEDIGT <input type="checkbox"/> ABLEHNUNG

ANTRAG A7	ANTRAGSTELLER KV STUTT GART
Der Landestag möge beschließen: Die Junge Union Baden-Württemberg fordert die Abschaffung der EEG-Umlage.	
BEGRÜNDUNG: Um unsere Klimazeile zu erreichen, müssen wir grüne Energieträger fördern. Damit sind selbstverständlich auch höhere Kosten verbunden, die allerdings gerade sozial schwächere Familien nicht überlasten dürfen. Die EEG-Umlage macht etwa ein Fünftel des Strompreises aus. Eine Abschaffung der Umlage würde dafür sorgen, dass der Strompreis sinkt und die Akzeptanz der Bevölkerung für die Energiewende erhalten bleibt.	
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:	<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="checkbox"/> ERLEDIGT <input type="checkbox"/> ABLEHNUNG

ANTRAG A8	ANTRAGSTELLER KV STUTT GART
Der Landestag möge beschließen: Die Junge Union Baden-Württemberg spricht sich für einen EU-weiten CO2-Zertifikatehandel aus und lehnt eine steuerliche Mehrbelastung durch eine CO2-Steuer ab.	
BEGRÜNDUNG: Ggf. mündlich	
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:	<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="checkbox"/> ERLEDIGT <input type="checkbox"/> ABLEHNUNG

ANTRAG A10	ANTRAGSTELLER BV NORDWÜRTEMBERG
DER LANDESTAG MÖGE BESCHLIESSEN: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll umfassend umstrukturiert werden, schlankere Strukturen bekommen und dadurch geringere Kosten auslösen.	
BEGRÜNDUNG: Die Ausgaben für den ÖRR steigen seit Jahren. Gleichzeitig verändert sich das Nutzerverhalten zahlreicher Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Es besteht daher Reformbedarf des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Eine schlankere senkt die Kosten und ermöglicht eine zügige Anpassung an das neue Nutzerverhalten und neue Konkurrenz (Netflix etc.).	
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:	<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="checkbox"/> ERLEDIGT <input type="checkbox"/> ABLEHNUNG

ANTRAG A11	ANTRAGSTELLER KV STUTT GART
Der Landestag möge beschließen: Die Junge Union Baden-Württemberg fordert eine deutliche Senkung des Rundfunkbeitrags sowie eine starke Reduzierung der öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Radiosender.	
BEGRÜNDUNG: Ggf. mündlich	
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:	<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="checkbox"/> ERLEDIGT <input type="checkbox"/> ABLEHNUNG

ANTRAG A12	ANTRAGSTELLER KV BÖBLINGEN
Der Landestag möge beschließen: Die Junge Union Baden-Württemberg fordert die Rundfunkräte der ARD und den ZDF-Fernsehrat auf, eine kritische Überprüfung des Jugendformats „funk“ der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten durchzuführen.	
BEGRÜNDUNG: Ein Blick auf die Instagram-Kanäle von funk sollte reichen. Die Angebote sollten kritisch überprüft werden unter der Beachtung der Pressefreiheit.	
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:	<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="checkbox"/> ERLEDIGT <input type="checkbox"/> ABLEHNUNG

ANTRAG A13	ANTRAGSTELLER BV NORDWÜRTTEMBERG
DER LANDESTAG MÖGE BESCHLIESSEN: Die JUNGE UNION Baden-Württemberg setzt sich gegen ein allgemeines Tempolimit auf deutschen Autobahnen und eine Absenkung der bestehenden allgemeinen Tempolimits außer- und innerorts ein.	
BEGRÜNDUNG: Wo eine abgesenkte Geschwindigkeit im Straßenverkehr Sinn macht, kann diese individuell und lokal geregelt werden. Eine generelle Verschärfung der Geschwindigkeitsbegrenzungen auf deutschen Straßen lehnen wir als Eingriff in die individuelle Freiheit ab. Mit den bestehenden Regelungen ist die allgemeine Sicherheit auf unseren Straßen bereits gewährleistet. Im Vergleich zu europäischen Nachbarländern mit allgemeinen Tempolimits auf Autobahnen und Schnellstraßen und mit niedrigeren allgemeinen Höchstgeschwindigkeiten auf Landstraßen und in geschlossenen Ortschaften weist Deutschland keinerlei statistisch signifikante Erhöhung bei Verkehrsunfällen und Verkehrstoten auf. Selbst nach Berechnung der Deutschen Umwelthilfe senkt ein allgemeines Tempolimit auf Autobahnen und eine Verschärfung der bestehenden Tempolimits den deutschen CO2-Ausstoß nur um weniger als 2%. Viel wichtiger als ein Tempolimit sind also weiterhin die Senkung der CO2-Emmissionen durch technologischen Fortschritt und zwar nicht nur im Straßenverkehr, sondern allen relevanten Bereichen, die heute schon einen deutlich größeren Anteil am CO2-Ausstoß haben als der individuelle Personenverkehr.	
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:	<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="checkbox"/> ERLEDIGT <input type="checkbox"/> ABLEHNUNG

ANTRAG A15		ANTRAGSTELLER KV STUTT GART	
Der Landestag möge beschließen: Die Junge Union Baden-Württemberg fordert eine staatliche Förderung von E-Fuels.			
BEGRÜNDUNG: Das Thema E-fuels muss neben der reinen Elektromobilität enorm gefördert werden. Eine einseitige Förderung der Regierung führt nur dazu, dass sich auch die Industrie einseitig orientiert. E-fuels sorgen dafür, dass in einem noch nicht ausgeweiteten e-Netzwerk, auch alte Diesel und Benziner CO2-neutral werden können. Betrachtet man nicht nur Deutschland, dann wird schnell klar, wie wenig Länder für eine E-Mobilitätswende gerüstet sind. Da in Deutschland und insbesondere global gesehen, bisher keine ausreichende E-Tankstellen-Infrastruktur besteht, wäre es sinnvoller zunächst die E-Fuels-Infrastruktur auszubauen.			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: Annahme in geänderter Fassung: Die Junge Union Baden-Württemberg fordert eine staatliche Förderung der Forschung an E-Fuels.		<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="checkbox"/> ERLEDIGT <input type="checkbox"/> ABLEHNUNG	

ANTRAG A16		ANTRAGSTELLER BV NORDWÜRTEMBERG	
DER LANDESTAG MÖGE BESCHLIESSEN: Dass im Rahmen des bildungswissenschaftlichen Studiums an pädagogischen Hochschulen und Universitäten ein stärkerer Fokus auf die Medienbildung der angehenden Lehrkräfte gesetzt werden soll. Der Umgang mit den modernen Medien im Unterricht soll verpflichtender Teil des universitären Curriculums werden.			
BEGRÜNDUNG: Ggf. mündlich			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:		<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="checkbox"/> ERLEDIGT <input type="checkbox"/> ABLEHNUNG	

ANTRAG A19		ANTRAGSTELLER KV REMS-MURR	
Der Landestag möge beschließen, eine verpflichtende Gendersprache in allen öffentlichen und staatlich geförderten Einrichtungen (z.B. Verwaltung, Schulen, Universitäten etc.) zu verbieten. Ein Verzicht auf die Gendersprache darf nicht zu Nachteilen führen.			
BEGRÜNDUNG: Ggf. mündlich			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:		<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="checkbox"/> ERLEDIGT <input type="checkbox"/> ABLEHNUNG	

ANTRAG A21		ANTRAGSTELLER BV NORDWÜRTEMBERG	
DER LANDESTAG MÖGE BESCHLIESSEN: Eine durch den Gesetzgeber vorgegebene Zivilklausel lehnen wir ab.			
BEGRÜNDUNG: Zivilklauseln stellen einen Eingriff in die verfassungsrechtlich geschützte Freiheit von Forschung und Lehre und die universitäre Selbstverwaltung dar.			

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:	<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="checkbox"/> ERLEDIGT <input type="checkbox"/> ABLEHNUNG
-----------------------------------	---

ANTRAG A22	ANTRAGSTELLER KV REMS-MURR
Der Landestag möge beschließen: Einen verpflichtenden Tag zu gesunder Ernährung in Grundschulen einzuführen und die Erziehung zu gesunder Ernährung als festen Bestandteil in den Bildungsplan des Sachunterrichts an Grundschulen zu integrieren.	
BEGRÜNDUNG: Ggf. mündlich	
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:	<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="checkbox"/> ERLEDIGT <input type="checkbox"/> ABLEHNUNG

ANTRAG A23	ANTRAGSTELLER BV NORDBADEN
Der Landestag möge beschließen: „Die effektive und effiziente Sicherung der Außengrenzen der Europäischen Union ist alternativlose Voraussetzung und maßgeblicher Bestandteil einer dauerhaften Verwirklichung des Schengen-Raumes. Ein unkontrollierter Zufluss von Personen – wie aktuell über das belarussisch-polnische Grenzgebiet zu beobachten – muss unter allen Umständen unterbunden werden. Für uns ist klar: Personen, die Grenzbeamte von EU-Mitgliedsstaaten angreifen und mit roher Gewalt versuchen, europäischen Boden zu betreten, nur um nach Deutschland zu gelangen, sind in erster Linie Kriminelle. Die europäische Flüchtlingskrise hat bereits 2015 sowie in den nachfolgenden Jahren die eklatanten Schwächen im EU-Außengrenzschutz offengelegt und darf sich nicht wiederholen. Zur Reduzierung des Drucks auf die EU-Außengrenzen sind entsprechende Bemühungen der jeweiligen Anrainer-Staaten von europäischer Seite aus zu begrüßen und die finanziellen Mittel für die Grenzschutzagentur Frontex signifikant zu erhöhen. Vor allem ist u.a. die Polnische Republik in ihren Bemühungen, dauerhafte physische Grenzbarrieren zu errichten, finanziell, materiell und ggf. personell auch von deutscher Seite aus direkt und unbürokratisch zu unterstützen. Auf internationaler Ebene fordern wir die Europäische Union sowie die internationale Staatengemeinschaft auf, alles daran zu setzten, dass die vom belarussische Diktatur Lukaschenko initiierten Flugverbindungen nach Belarus – vor allem aus dem arabischen Raum – gekappt werden. Der belarussische Diktator betreibt hiermit ein perfides Spiel mit dem Schicksal und der wirtschaftlichen Not von Menschen und betätigt sich aktiv als skrupelloser Schlepper.“	
BEGRÜNDUNG: Ein unkontrollierbarer Zustrom in die Europäische Union von Personen mit unterschiedlichsten Beweggründen gilt es besonders unter der Berücksichtigung sicherheitspolitischer Aspekte nachhaltig zu vermeiden. Die Sicherung der EU-Außengrenzen hat oberste Priorität. Zur Reduzierung des weiterhin hohen Drucks auf diese Grenzen – vor allem im belarussisch-polnischen Grenzgebiet – müssen schnellstmöglich geeignete Maßnahmen getroffen werden. Besonders dem belarussischen Diktator muss darüber hinaus auf internationaler Ebene dringend Einhaltung geboten werden, andernfalls wird er weiterhin versuchen, (Wirtschafts-)Migranten als Waffe gegen die Europäische Union einzusetzen, um eine Aufhebung der aktuellen Sanktionen zu erreichen. Dieses menschenverachtende Vorgehen Lukaschenkos muss schnellstmöglich gestoppt werden.	
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:	<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="checkbox"/> ERLEDIGT <input type="checkbox"/> ABLEHNUNG

ANTRAG A29		ANTRAGSTELLER KV REMS-MURR	
Der Landestag möge beschließen, auf ein Verbot von öffentlichen Gebetsausrufen durch Muezzine vor Moscheen hinzuwirken, da eben solche Gebetsausrufe mittels Lautsprecher unvereinbar sind sowohl mit der Religionsfreiheit, als auch mit unserer pluralistischen Gesellschaft. Wir stellen uns somit klar gegen das Modellprojekt der Stadt Köln.			
BEGRÜNDUNG: Öffentliche Religionsbekundungen dürfen in der Öffentlichkeit nicht so prominent sein, dass man sich derer nicht entziehen kann.			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:		<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME	<input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="checkbox"/> ERLEDIGT	
		<input type="checkbox"/> ABLEHNUNG	

ANTRAG A30		ANTRAGSTELLER KV BÖBLINGEN	
Der Landestag möge beschließen: Die Junge Union Baden-Württemberg fordert eine Öffnung des europäischen Mobilfunkmarktes, damit in Deutschland auch Mobilfunkverträge von weiteren Anbietern aus der EU abgeschlossen werden können.			
BEGRÜNDUNG: Ggf. mündlich			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:		<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME	<input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="checkbox"/> ERLEDIGT	
		<input type="checkbox"/> ABLEHNUNG	

ANTRAG A32		ANTRAGSTELLER KV OSTALB	
Der Landestag möge beschließen: Der Paragraph 219A, welcher das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche regelt, soll abgeschafft, bzw. dahingehend reformiert werden, dass eine sachliche Aufklärung seitens Gynäkologen möglich ist.			
BEGRÜNDUNG: Ganz gleich, wie man persönlich zu der Thematik eines Schwangerschaftsabbruches steht, grenzt es schon fast an eine Lächerlichkeit, dass derzeit eine selbst rein sachliche Information eines Gynäkologen auf seiner Website zu diesem Eingriff als strafbare Werbung indiziert und verurteilt wird.			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:		<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME	<input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="checkbox"/> ERLEDIGT	
		<input type="checkbox"/> ABLEHNUNG	

ANTRAG A33		ANTRAGSTELLER KV BÖBLINGEN	
Der Landestag möge beschließen: Die Junge Union Baden-Württemberg fordert ein Angebot an regelmäßigen Medien- und Pressenschulungen durch die CDU mit externen Experten im ganzen Land, auf denen unsere Mitglieder einen professionellen Umgang mit der Presse erlernen können.			
BEGRÜNDUNG: Ggf. mündlich			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:		<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME	<input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="checkbox"/> ERLEDIGT	

	<input type="checkbox"/> ABLEHNUNG
--	------------------------------------

ANTRAG A35	ANTRAGSTELLER KV BÖBLINGEN
-------------------	-----------------------------------

Der Landestag möge beschließen:
 Die Junge Union Baden-Württemberg fordert die CDU Deutschlands auf, sämtliche hauptamtliche Mitarbeiter des Konrad-Adenauer-Hauses ausschließlich nach fachlicher Kompetenz anzuwerben.

BEGRÜNDUNG:
 Ggf. mündlich

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:	<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="checkbox"/> ERLEDIGT <input type="checkbox"/> ABLEHNUNG
--	---